

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/159

Bonn, den 23. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Im Schatten der tschechoslowakischen Tragödie 80

Vor der Genfer Konferenz der nichtnuklearen Staaten

Von Günter Markscheffel

3 - 4 Leistung und Schicksal der Ostdeutschen 70

Zum Abschluß der "Gesamtdeutschen Woche" in Köln

Von Dr. Alfred Graef

ANHANG

1 - 5 Bilanz eines "heißen Sommers" 228

Zur Situation linker Studentengruppen und zum "heißen Winter" 1968

Von Dr. Josef Benzinger

\* \* \* \* \*  
\* Der Verfasser dieses Beitrages, Dr. \*  
\* Josef Benzinger, ist \*  
\* seit einigen Monaten Referent für \*  
\* Hochschulfragen beim Parteivorstand \*  
\* der SPD. Aufgrund seiner Tätigkeit \*  
\* verfügt er über einen guten Ein- \*  
\* blick in die Entwicklung der Stu- \*  
\* dentengruppen an den deutschen Hoch- \*  
\* schulen. \*

## Im Schatten der tschechoslowakischen Tragödie

---

Vor der Genfer Konferenz der nichtnuklearen Staaten

Von Günter Markscheffel

Die in der kommenden Woche in Genf beginnende Konferenz der nichtnuklearen Staaten wird selbstverständlich im Schatten der dramatischen Ereignisse in der Tschechoslowakei stehen. Man kann davon ausgehen, daß etwa 70 Staaten in Genf vertreten sein werden; darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, die zwar nicht Mitglied der UNO ist, jedoch in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) und zahlreicher UEO-Organisationen eingeladen wurde.

Noch vor einer Woche wurde damit gerechnet, daß diese Konferenz eine Plattform für die weltweite Diskussion über Vorschläge zur allgemeinen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sein würde. Jetzt, nach der militärischen Invasion von fünf Warschaupakt-Staaten in die CSSR, ergibt sich eine neue Situation.

Das Problem der Abrüstung bleibt selbstverständlich auf der Tagesordnung; es dürfte jedoch nicht mehr mit der gleichen Unbefangenheit und vielleicht auch nicht mit jenen Hoffnungen erörtert werden, die sich während der letzten Monate im Zusammenhang mit dem deutlich gewordenen Wunsch der atomaren Großmächte USA und UdSSR nach einer internationalen Rüstungsbegrenzung gezeigt hatte. Die Gewaltanwendung der fünf Staaten des Warschauer Paktes gegenüber einem Verbündeten wird besonders viele neutrale Staaten auch in Genf zu der Frage veranlassen, welche praktische Bedeutung feierlich abgegebene Schwüre und nach langen Verhandlungen zustandgekommene Verträge haben können.

Auch für die Bundesrepublik Deutschland und ihre Delegation auf der Genfer Konferenz ergibt sich eine neue Situation. Die sowjetische Vorbehaltsklausel, die einer Siegermacht des Zweiten Weltkrieges immer noch das Interventionsrecht einräumen soll, bedarf spezifischer Erläuterungen.

Die Regierung der Großen Koalition ist sich in dem Willen einig, die Politik des Gewaltverzichts und der Sicherung des Friedens in Europa fortzusetzen. Niemand wird es ihr jedoch verargen, wenn sie jetzt noch wachsamer gegenüber allen nur denkbaren internationalen Entwicklungen ist. Ein solches Verhalten gebietet schon die Sorge um die Sicherheit unseres Volkes.

Auf der anderen Seite wird in Genf aber auch zum erstenmal seit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die CSSR Gelegenheit geboten sein, dieses Weltforum für die Darstellung der Beurteilung des sowjetischen Gewaltaktes in Anspruch zu nehmen. Hierbei können sich Konstellationen ergeben, mit denen Moskau sicher nicht gerechnet hat. Schon jetzt haben die meisten neutralen Staaten mit Schärfe und Entrüstung das sowjetische Vorgehen in der CSSR verurteilt. Es kann sein, daß in Genf der legalen tschechoslowakischen Delegation die Unterstützung von vielen Delegationen anderer Länder zuteil wird, die bis vor kurzem noch mit dem "sozialistischen Lager" sympathisiert haben. Und wenn etwa die EDR am Rande der Genfer Konferenz versuchen sollte, wieder einmal die Bundesrepublik Deutschland durch Erklärungen und in Pressekonferenzen zum Bühnenauftritt der gesamten internationalen Politik abzustempeln, wird sie sich nur lächerlich machen.

Obwohl keine Beschlüsse in Genf zu erwarten sind, kann man wohl ohne Zögern voraussagen, daß sich gerade jetzt nach den Ereignissen in der CSSR die meisten dort vertretenen Staaten über die eigentliche Thematik hinaus sehr stark mit den Problemen einer gesicherten europäischen Friedensordnung befassen werden. Auch hier kann die Bundesrepublik Deutschland eine gute Rolle spielen. Sie hat seit 1954 auf die Herstellung und Verwendung von ABC-Waffen verzichtet und seither mehr als einmal dokumentiert, daß sie die Lösung auch der nationalen Probleme des deutschen Volkes im Rahmen einer generellen Entspannungspolitik und in der Perspektive der Überwindung der Spaltung Europas erblickt.

Die UdSSR und ihre politischen Freunde werden nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei nicht mehr in der Lage sein, sich als die alleinigen Hüter des Friedens und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker aufzuspielen. Ein solcher Versuch würde voraussichtlich bei der Überwiegenden Mehrzahl der Konferenzteilnehmer auf eisige Ablehnung stossen.

Es mag sein, daß hier und dort eine Stimmung entsteht, in der geraten wird, man solle die Genfer Konferenz ignorieren. Eine solche Haltung wäre falsch. Auch hier gilt ein Wort von Stresemann, der einmal in einer ähnlichen Situation, in der wir uns jetzt befinden, gesagt hat, wer nicht dabei ist, gerate leicht in Vergessenheit oder sogar ins Unrecht.

So schwierig die Situation nach der militärischen Invasion der Sowjets in die CSSR geworden ist, so sehr bleibt die Bundesrepublik Deutschland gerade jetzt verpflichtet, gemeinsam mit den Staaten der freien Welt ihre Stimme zu Gehör zu bringen.

## Leistung und Schicksal der Ostdeutschen

---

Zum Abschluß der "Gesamtdeutschen Woche" in Köln

Von Dr. Alfred Graef

Ein wachsendes Interesse der Bevölkerung konnte bei der "Gesamtdeutschen Woche" vom 10. bis 16. August, die in Verbindung mit der Informationsschau über die Deutschen im Osten "Leistung und Schicksal" in Köln stattfand, festgestellt werden.

Beide Veranstaltungen wurden in Köln zu einer Demonstration des gemeinsamen Schicksals von Ost- und Westdeutschen, obgleich nur die Ostdeutschen Objekte dieses Schicksals waren und auch heute noch sind. Viele Kölner waren zu den Veranstaltungen gekommen, zu deren Beginn der Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Figgen, bemerkte, daß die Vertreibung und die Spaltung Deutschlands das Schicksal des gesamten deutschen Volkes, auch wenn es überwiegend im Westen lebe, nachhaltig bestimmt habe und voraussichtlich auch in Zukunft noch bestimmen werde.

Es war ein guter Gedanke die "Gesamtdeutsche Woche" in Köln mit einer kleinen Ausstellung ausgewählter Stücke der in Köln sich befindenden sogenannten "Breslauer Sammlung" und mit der Informationsschau über die Deutschen im Osten, betitelt: "Leistung und Schicksal" zu umrahmen. Auf wissenschaftlicher Basis ist die Schau glänzend zusammengestellt, und stellt eine Sehenswürdigkeit auch für nichtostdeutsche Besucher dar. Noch keine andere Schau hat bislang die Ostwanderungen der Deutschen im Laufe der vergangenen Jahrhunderte und ihre kulturellen, geistigen und wirtschaftlichen Leistungen so übersichtlich dokumentiert, wie gerade diese. Ob es die Zeugnisse geistigen Schaffens, der Kunst, der Wirtschaft oder der Technik sind; überall haben die Ostdeutschen hervorragende Repräsentanten hervorgebracht. Wer weiß es schon ganz genau, daß bisher 22 Nobelpreisträger, fünf Goethe-Preisträger, zwei Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels aus Ostdeutschland stammen? Wer weiß, daß die beiden bedeutendsten deutschen Philosophen, nämlich Kant und Schopenhauer, Ostdeutsche waren, ebenso

wie die weltbekannten Philologen Herder, Moellendorff und Hauptmann, die Naturwissenschaftler Kopernikus, Kirchhoff und Hilbert, die Pioniere der Technik Fahrenheit und Borsig, die Mediziner Virchow, Czerny, Demagk, die Literaten Eichendorf, Stifter, Stehr und Hauptmann? Wer würde, das bedeutende Politiker wie von Ballestren, Kurt Schumacher, Otto Braun, Franz Mehring, Ferdinand Lassalle und Paul Löbe aus dem ostdeutschen Raum stammen?

Daneben sind die wirtschaftlichen Leistungen, die die Ostdeutschen in ihrem Raum vollbrachten, nicht weniger eindrucksvoll. Die ostdeutsche Landwirtschaft lieferte in den dreißiger Jahren bei einer Bevölkerung von nur 13,6 Prozent der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches durchschnittlich 26 Prozent des Brotgetreides, 25 Prozent an Futtergetreide, 30 Prozent an Kartoffeln, 26 Prozent an Zuckerrüben und 42 Prozent an Hülsenfrüchten. Der Anteil Ostdeutschlands am Viehbestand betrug bei Pferden 39 Prozent, bei Schweinen 20 Prozent, bei Rindern 21 Prozent und bei Geflügel 20 Prozent.

Die überragende Bedeutung des Sudetenlandes und der Sudetenländer für die Tschechoslowakei in den Vorkriegsjahren ist an deren hohen Anteilen an der tschechoslowakischen Industrieproduktion abzulesen, und zwar, um nur einige Beispiele zu nennen, betrug diese bei Textilien 90 Prozent, bei Textilmaschinen 90 Prozent, bei Porzellan 90 Prozent, bei Glas 86 Prozent, bei Papier 80 Prozent, bei Zement 80 Prozent, bei chemischen Produkten 75 Prozent, bei Elektrotechnika 70 Prozent und bei Hütten- und Walzwerkerzeugnissen 70 Prozent. Ähnlich stark vertreten war die südostdeutsche Industrie in den einzelnen Ländern Südosteuropas.

Die Schau "Leistung und Schicksal" zeigt aber neben diesen sicher jeden Vertriebenen mit Stolz erfüllende Zahlen auch betrübliche Dokumente der Verluste an Menschen durch den Krieg und die Vertreibung. Die Südostdeutschen verloren 20 Prozent ihrer Menschen, die Deutschen der Tschechoslowakei 13 Prozent, die Deutschen Polens 21 Prozent, die Danziger 28 Prozent, die Balten- und Memeldeutschen 27 Prozent, die Ostbrandenburger 36 Prozent, die Ostpommern 25 Prozent und die Ostpreussen 28 Prozent.

Diese Zahlen bedeuten Verpflichtung der Lebenden für eine Politik, die es ein weiteres mal zu einer derartigen Katastrophe nicht kommen lassen darf. Wenn die "Gesamtdeutsche Woche" und die Ausstellung "Leistung und Schicksal" diese Mahnung den Besuchern auch mitvermittelt hat und weiter vermitteln wird, so werden wir auch durch diese Veranstaltungen einen Schritt näher zu einer Versöhnung mit unseren bötlichen Nachbarn kommen können.

### Bilanz eines "heißen Sommers"

Zur Situation linker Studentengruppen und zum heißen Winter 1968

Von Dr. Josef Benzinger

Wohl selten war ein akademischer Sommer mit so viel düsteren Ahnungen belastet, mit so viel explosionsträchtigen Daten gespickt und mit so provozierenden Ereignissen erfüllt wie jene drei Monate des Sommersemesters 1968. Obwohl sich seit 1967 Gutachten, Empfehlungen und Stellungnahmen von Wissenschaftlern, Politikern und Verbänden förmlich überschlugen, war die Ungeduld in der Studentenschaft Anfang des Jahres 1968 derart angewachsen, daß ein turbulenter Sommer unvermeidlich erschien. Das Attentat auf Dutschke am 11. April aber brachte das Pulverfaß schneller und heftiger zur Explosion, als dies manchem wünschenswert erschien. Seitdem überstürzten sich die Ereignisse: 30. April: Bundestagsdebatte über die studentischen Unruhen, 7. Mai: Bundestagsdebatte über Hochschulreformen, 11. Mai: Sternmarsch der Notstandsgegner nach Bonn, 19. Mai: Beginn der Studentenunruhen in Frankreich, 16. und 30. Mai: Lesung und Verabschiedung der Notstandsgesetze.

In frischer Erinnerung war noch die Ermordung Ernesto Guevaras am 10. Oktober 1967; am 5. April 1968 brach Martin Luther King unter den Schüssen seiner Mörder zusammen, zwei Monate später am 5. Juni 1968 Robert Kennedy. Die studentische und nichtstudentische radikale Linke sah in diesem Wahnsinn Methode und war damit für eine Weile der eintönigen Vietnam-Demonstriererei enthoben. Schülerorganisationen (AJSS, USG und ähnliche) verstärkten ihre Aktivität, eine sozialistische deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) wurde mit großem Elan aus der Taufe gehoben (5.5.1968), die Ingenieurstudenten und sogar die traditionell braven künftigen Pädagogen traten in den Streik. Vor dieser Fülle der Demonstrationen blieb der erste Jahrestag der Bötung des Studenten Ohnesorg in Berlin (2. Juni 1967), von einigen Gruppen zu einem Gedenktag der linken Bewegung erhoben, fast unbemerkt, und auch der 150. Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai des Jahres, reichte lediglich zu zwei Zusammenkünften in Trier, die eine mit Ernst Bloch, Willy Brandt und dem Marxenkel, umrahmt von untätigen Polizisten und überflüssigen Wasserwerfern, die andere von Professor Abendroth, beehrt vom sowjetischen Botschafter Zarapkin und unterstützt von einer Anti-SPD-Demonstration, die mehr als Jux der Trierer Penäler denn als politische Willensbekundung erschien ("1,2,3,4, Morgen ist der Teufel hier").

\* \* \*

Bei der Notstandsdiskussion war schon sehr bald abzusehen, daß die Gesetze den Bundestag passieren würden. Für alle linken (studentischen) Gruppen ergab sich daraus das Problem, wie die unver-

meidliche Frustration danach abgefangen und in konstruktive Aktion umgesetzt werden könne. Die Linke mußte eine Reihe von Schlägen einstecken. Sie mußte sich sagen lassen, daß die Anti-Springer-Aktionen genauso Meinungsterror bedeuten wie die Bild-Metzereien. Sie mußte sich sagen lassen, daß die Unterscheidung zwischen "Gewalt gegen Personen" und "Gewalt gegen Sachen" eine scheinheilige Rabulistik sei. Schließlich ließen die Gewerkschaften keinen Zweifel daran, daß sie die Entscheidung des Parlaments respektieren und keinen Generalstreik ausrufen würden. Aus dem Munde von Habermas erscholl der Vorwurf des blinden Aktionismus, der sich in diffusen Demonstrationen, Rektoratsbesetzungen und Universitätsumtaufen manifestiere. Der Berliner ASEA-Vorsitzende Landsberg zog aus der verworrenen Situation Konsequenzen und trat zurück. Ihm folgte Fräulein Sigrid Fronius vom Berliner Argument-Club; sie zeigte sogleich, wie in diesem Club argumentiert wird, in dem sie SED wie SPD zu stalinistischen Parteien ernannte nach dem Motto: "Wer Stalinist ist, bestimme ich". Marcuse und Agnoli verloren zunehmend ihren theoretischen Vorsprung vor den studentischen Aktionen. Das Gespenst des Personenkults schlich sich in die Organisationen ein. Die Gewerkschaften weigerten sich, Studenten auf Maikundgebungen sprechen zu lassen, und eine Solidarisierung mit breiteren Schichten der Arbeiterschaft scheiterte weiterhin und offenkundig.

\* \* \*

In Fragen der Hochschulreform, die ohnehin immer mehr aus dem Blickfeld von Studentenfunktionären geraten war, holten die Politiker etwas auf, gerade so viel, wie die - kaum - interessierte Öffentlichkeit verlangte; es gelang vielfach, die Universitäten zu Hauptaktionären der Firma Schwarzer Peter zu machen, wozu der Bayerische Kultusminister Huber maßgeblich beitrug. Das wiederum stürzte die Studentenschaft in das Dilemma der Entscheidung zwischen Staatsdirigismus und Universitätsautonomie. Erfollos suchte man der Tatsache auszuweichen, daß Reformen (sogar die Forderung nach Drittelparität) nun unter dem Eindruck der Ereignisse grundsätzlich bejaht wurden, mit dem Hintergedanken, sie damit umso wirkungsvoller entschärfen zu können.

\* \* \*

In Frankfurt - wo sonst? - hatte die Kluft zwischen Anti-autoritären und Marxisten im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) vom 30. bis 31. März 1968 zwei Tage und Nächte Gelegenheit, sich zu erweitern. Ansätze zur Bekämpfung des Personenkults verliehen sich, der SDS bewies, daß er an dieser Gesellschaft wenigstens eins nicht missen will: die Möglichkeit, schnell Publicity zu erlangen. Die diesbezügliche Tradition des Verbandes, begannen mit Puddingpulver, Kommune, Teufel und Langhans, kulminierte längere Zeit in Dutschke, internationalisierte sich mit dem - geistesgeschichtlich für den SDS in Anspruch genommenen - "Studentenführer" Cohn-Bendit und brachte es auch zu lokalen Kuriositäten in dem Hamburger Medizinstudenten Karl Heinz Roth, der es bisher dem vor

Zeiten geflohenen Richard Kimble (ebenfalls Mediziner) gleichzutun. Das neunte Jugendfestival in Sofia schließlich bot dem seit Dutschkes erzwungener verbandspolitischer Enthaltensamkeit mehr und mehr in den Vordergrund getretenen Karl-Dietrich Wolff die Gelegenheit, sich in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen. Dutschke galt lange als der Chefideologe des SDS, und man rühmte es als taktische Klugheit, daß er keine Funktionen im Bundesvorstand übernahm. Wie schwach freilich das viel gerühmte theoretische Fundament des SDS tatsächlich ist, zeigte der erste Dutschke-Bestseller, in dem auch Lefèvre, Rabehl und Bergman Gelegenheit erhielten, ihren Namen ein gedrucktes Denkmal zu setzen. Man darf auf die von der Berliner Oberbaupresse angekündigten gesammelten Werke des Rudolf Dutschke - in der Mehrzahl wohl Reden des Meisters - gespannt sein.

\* \* \*

Der SDS hat derzeit ca. 40 Hochschulgruppen, über die Mitgliederzahlen ist Genaues nicht bekannt. Für die finanzielle Unterstützung sorgt ein Fördererverband, hin und wieder auch noch Vater Staat, vielleicht auch ein paar Zeitungsverleger als Dank für die Hilfeleistung des SDS bei der Überbrückung der Saure-Gurken-Zeit. Der Zuzug von Seiten anderer Studentengruppen hat abgenommen. Man könnte den Eindruck gewinnen, als sei der SDS schon keine Organisation mehr, sondern bereits eine Grundeinstellung kritischer Jungakademiker. Zum Teil ist das auch zutreffend. Der SDS-Jargon beherrschte die 20. ordentliche Mitgliederversammlung des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS); man konnte glauben, der SDS zelebriere hier eine Grundsatzdiskussion. Der VDS hat sich ein politisches Mandat der Studentenschaft nicht nur bestätigt, sondern es gleich kräftig praktiziert. Die vorausgesagte Sprengung des Verbandes blieb aus. Auf dem Parteitag der SPD im März in Nürnberg wurde ein Antrag angenommen, der das politische Mandat der Studentenschaft zwar an Bedingungen knüpft, es jedoch grundsätzlich befürwortet. Dies schien der Taktik der VDS-Spitze nachträglich Recht zu geben, negative gerichtliche Feststellungen hierüber einfach zu ignorieren. Im beginnenden Sommer aber traf den VDS eine Reihe von Mißgeschicken, von der Affäre um den neuen Vorsitzenden Christoph Ehmann einmal ganz abgesehen. Bedrohlicher erwies sich der finanzielle Hebel, der sowohl von der Bundesregierung als auch von den Studenten selbst betätigt werden kann. Schlimm, wenn das Berliner Beispiel (Studenten können die Zahlung des ASTA-Beitrages verweigern) Schule macht, was auf weite Sicht auch den VDS in Mitleidenschaft ziehen muß; schlimm ferner, wenn die negative Auffassung von Bundesminister Stoltenberg zum politischen Mandat finanzielle Konsequenzen zeitigt.

\* \* \*

Während der SDS immer stärker dazu übergeht, politische Parteien als Kontrahenten überhaupt zu ignorieren, bemüht sich der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) immer noch um eine Integration in der Distanz, um einen Spielraum, der weiter sein soll als der in einer politischen Aktionsgemeinschaft mögliche. Nun ist der SHB zwar ein von der SPD organisatorisch unabhängiger Verband, es gibt jedoch eine Reihe von Verbindungen, finanzieller Art, besonders aber das gemeinsame Bekenntnis zum Godesberger Programm. Die Selbstverständnisschwierigkeit scheint fast unüberwindlich zu sein. Kein Studentenverband kann es sich heute mehr leisten, sich nicht als Teil der außerparlamentarischen Opposition zu bekennen, schon gar nicht der SHB.

So versucht man, auf zwei Hochzeiten zu tanzen. Die beiden Delegiertenversammlungen des SFB in Frankfurt-Höchst (13.-16. März und Saarbrücken 26.-28. Juli) standen unter diesem Generalthema. Nach Jens Litten hat man sich hier wie dort nur Schlagworte gegenseitig an die Ohren gehauen und sein Mütchen an der SPD gekühlt. SPD und SDS als Skylla und Charybdis durchschiffte man mittels des Postulats einer Treibriemenfunktion, aber nicht der theoretische Teil des Riemens, sondern mehr der taktische stand im Mittelpunkt der Diskussion. Was sozialdemokratische Studenten der Partei vorwerfen, daß tun sie vielfach selbst noch mehr: an den Symptomen herumkurieren. Sie werfen der SPD vor, in plattem Pragmatismus zu versumpfen, aber die Antwort besteht nicht in einer systematischen Interpretation und Kritik des Godesberger Programms, sondern in Vorwürfen und Aphorismen. Derzeit ist die Situation so, daß sich überall die Stacheln heben, wo der Verband initiativ wird: Die Partei läßt sich von keiner Organisation, auch nicht von der der sozialdemokratischen Studenten Programm und politisches Handeln vorschreiben, der SDS belächelt Anbiederungsversuche, die Gewerkschaften lehnen eine Politisierung durch studentische Agitatoren ab, nicht nur wenn sie vom SDS versucht wird. Schade, könnte man sagen, um das beträchtliche kritische Potential, um den mitgliederstärksten politischen Verband (nach eigenen Angaben ca. 3.000 Mitglieder in 80 Hochschulgruppen; zum Vergleich: RCDS 2.300, LSD 1.300, HSV 700, NHB 700, SDS ca. 2.500), mit dem nach einer Umfrage (vom März 1968) beinahe jeder zweite Student sympatisiert.

\* \* \*

Ein schwacher Trost mag es für den SFB sein, daß der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) vor ähnlichen Schwierigkeiten steht: Während LSD und HSJ kaum spektakuläre Konflikte mit ihren politischen Großonkeln auszufechten haben, besteht bei den parteichristlichen Studenten die Tendenz, aus dem "Ring" eine "Union" zu machen. Die mit Unterstützung von CDU-Politikern auf Initiative des ehemaligen Kölner ASTA-Vorsitzenden Laepple erfolgte Gründung der deutschen Studenten-Union (DSU; derzeit ca. 22 Hochschulgruppen mit ca. 2.000 Mitgliedern) scheint auf Bemühungen der Union hinzuweisen, den RCDS allmählich als parteieigenen Studentenverband zu entmonopolisieren und mit allen bürgerlichen Studentengruppen zusammenzuarbeiten. Der DSU ist in Zukunft aus den an vielen Hochschulorten bestehenden Studentenunionen (Würzburger Studentenunion, Marburger Studentenunion und Münchner Studentenunion) starker Zulauf gewiß. Vielfach beteiligen sich auch schon SFB-Mitglieder an solchen Verbindungen, die sich von ad-hoc-Gruppen allmählich zu recht konsistenten Organisationen gemausert haben. Daß sie erfolgreich sind, dürfte ihrer glücklichen Mischung aus hochschulreformerischem Engagement und politischer Betätigung zuzuschreiben sein, wobei der ersteren der Vorrang eingeräumt wird.

\* \* \*

Bezüglich hochschulpolitischer Forderungen gibt es zur Zeit nur eine Studentenverbindung, die nicht zur Linken zu rechnen ist: den

23. August 1968

Nationaldemokratischen Hochschulbund (NEB). Er fristet mit ca. 15 Hochschulgruppen und etwa 700 Mitgliedern im Hochschulbereich ein recht kümmerliches Dasein. Schwierigkeiten mit der Parteiführung der NPD gibt es hier vermutlich kaum und somit auch keine finanziellen Probleme. Jedoch dürfte die allgemeine Linkstendenz in der Studentenschaft und mehr noch das hochschulpolitische Programm der NPD den NEB schwer zu schaffen machen, heißt es doch hier in IV/5 des Partei-programms: "Die NPD bekennt sich zum bewährten Prinzip der deutschen Universität im weitesten Sinn. Sie darf nicht zum Fachschulbetrieb rückentwickelt werden. Ziel akademischer Bildung muß der umfassend Gebildete (!) bleiben, der über die engen Grenzen seines Fachgebietes zur Gesamtschau der geistesgeschichtlichen Erscheinungen und Entwicklungen befähigt ist." Mit solchen Phrasen sind heutzutage weder Studenten zu mobilisieren noch kann man sich damit an der Diskussion beteiligen. Soweit bekannt, wurde die Quarantäne, in der sich der NEB wie sein Erzeuger noch befindet, bisher nur von der USJ durchbrochen, bezeichnenderweise in Würzburg, wo ein CSU/NEB-Cocktail namens PAK (Politisch-Akademischer Kreis) besteht. Auch die Anwendung der Weimarer Taktik, die Arbeit der Studentenschaften durch Abstimmungsbündnisse mit SDS-Konventlern zu lähmen, hat bisher keine Erfolge gezeitigt.

\* \* \*

Was erwartet uns nun im Winter 1968? Wird der Übergang vom theoretischen in ein praktisches Stadium der Hochschuleform vollzogen werden? Wenn nicht, dann ist eine weitere von den Hochschulen ausgehende Emotionalisierung des politischen Lebens zu befürchten. Die Professorenschaft wird sich auf jeden Fall darauf gefaßt machen müssen, daß mit Verfassungen experimentiert wird, ob sie es wollen oder nicht. Die Politiker wären gut beraten, wenn sie sich hierbei auf die Seite der progressiven Professoren und Studenten stellen.

In unserer Zeit altern auch Universitätsgesetze und -satzungen schneller als früher. Die Verfasser des sogenannten Karburger Manifestes müssen sich sagen lassen, daß der Begriff "geheiligte Strukturen" ein Widerspruch in sich selbst ist. Aber auch die studentischen Reformer sollten bedenken, daß Demokratisierung schlechthin nicht ohne weiteres Leistungssteigerung bedeutet und Autorität nicht schlechtes ist, falls sie sich durch größeren Sachverstand legitimiert. Gesellschaftsreformerischen Eifer kann und muß ein demokratischer Staat begrüßen; Dogmatismus und Intoleranz mancher Gruppen aber strafen deren Anspruch auf Wissenschaftlichkeit. Es ist nicht mehr jugendliches Jüngstüm, sondern unverantwortliche Demagogie wieder besseres Wissen, wenn z.B. von einer "Verschwörung der Manipulateure" gesprochen wird. In ein solches System läßt sich alles Tragwürdige und Negative leicht einordnen: Vietnamkrieg und Notstandsgesetze, Griechenland und Abgeordnetenspension, Große Koalition und Parkverbot. Links, wo das Herz schlägt, muß und darf nicht bedeuten, "wo der kritische Verstand fehlt".

+ + +